

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Rates der Stadt
Bergisch Gladbach
23.05.2017

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	5
Niederschrift (öffentlich)	5
Anlage 1 zur Niederschrift: Teilnehmerverzeichnis	29
Anlage 2 zur Niederschrift: Schreiben der KSK	39
Anlage 3 zur Niederschrift: Antw. Anfrage Hr. Santillán Ausschreibungskosten Ö 19.2	47

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
19.06.2017
Ausschussbetreuender Fachbereich
Kommunalverfassung, Ratsbüro
Schriftführung
Dennis Zach
Telefon-Nr.
02202 142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 23.05.2017

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:07 Uhr - 18:29 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 21.03.2017 - öffentlicher Teil**
0191/2017
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Gesamtabschluss 2010 der Stadt Bergisch Gladbach**
0232/2017
- 6 Beteiligungsbericht 2015**
0121/2017

- 7 **IV. Nachtrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach (GeschO)**
0198/2017

- 8 **Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte**
0192/2017

- 9 **Satzung zur Festlegung von Fristen für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) im Ortsteil Bergisch Gladbach-Bensberg - Bereich „Schlossstraße, Nikolausstraße und Gartenstraße“**
0163/2017

- 10 **Ergänzungen und Änderungen der „Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kindertagespflege“ zum 01.08.2017**
0176/2017

- 11 **Städtische Förderung der Miete für die zusätzlichen 16 Plätze in der evangelischen Kindertagesstätte "Arche Noah"**
0178/2017

- 12 **Anschlussvereinbarung zwischen den Trägern der Seniorenbegegnungsstätten und der Stadt Bergisch Gladbach zum Betrieb der Einrichtungen ab dem 01.01.2018**
0183/2017/1

- 13 **Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion**
0200/2017

- 14 **Ernennung eines Mitglieds des Inklusionsbeirates**
0202/2017

- 15 **Entsendung eines Beiratsmitglieds in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (ABKSS)**
0015/2017

- 16 **Einwohnerfragestunde**
0175/2017

- 17 **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 17.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 08.05.2017 (eingegangen am 08.05.2017) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen**
0238/2017

- 17.2 **Antrag der SPD-Fraktion vom 09.05.2017 (eingegangen am 09.05.2017) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen und Mitgliedschaften**
0240/2017

- 18 **Anträge der Fraktionen**
- 18.1 **Antrag von 46 Mitgliedern des Rates vom 13.03.2017 (eingegangen am 20.03.2017) zur Abberufung des Beigeordneten Herrn Stadtkämmerer Jürgen Mumdey**
0156/2017

- 18.2 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 13.03.2017
(eingegangen am 20.03.2017) zur Ausschreibung der Stelle des Beigeordneten/Stadtkämmerers
0157/2017**
- 18.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 08.05.2017 (eingegangen am 08.05.2017) zum Bedarf
für eine Randstundenbetreuung an den Grundschulen
0239/2017**
- 19 Anfragen der Ratsmitglieder**
- 19.1 Schriftliche Anfragen**
- 19.1.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom
20.04.2017 (eingegangen am 21.04.2017) zur Errichtung einer provisorischen Kin-
dertagesstätte/OGS in Refrath
0227/2017**
- 19.1.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 15.05.2017 zum
Sachstand Errichtung einer Kindertagesstätte in Bensberg
0256/2017**
- 19.2 Mündliche Anfragen**

N Nicht öffentlicher Teil

- 1 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**
- 2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am
21.03.2017 - nicht öffentlicher Teil
0190/2017**
- 3 Mitteilungen des Bürgermeisters**
 - 3.1 Schriftliche Mitteilungen des Bürgermeisters**
 - 3.1.1 Schriftliche Mitteilung des Bürgermeisters: Vorabinformation des Rates zu einer
geplanten Kooperation der BELKAW GmbH
0237/2017**
 - 3.2 Mündliche Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4 Bericht aus den städtischen Beteiligungen**
- 5 Übernahme einer Bürgschaft
0224/2017**
- 6 Bestellung eines weiteren Geschäftsführers der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-
GmbH
0205/2017**
- 7 Ehrungen mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes nach der städtischen Eh-
rungssatzung
0172/2017**
- 8 Anträge der Fraktionen**
- 9 Anfragen der Ratsmitglieder**
 - 9.1 Schriftliche Anfragen**
 - 9.1.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom
08.05.2017 (eingegangen am 09.05.2017) zum Thema "Smart-Projekt"
0243/2017**
 - 9.2 Mündliche Anfragen**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Vor Beginn der Sitzung teilt Herr Urbach mit, dass die Stadt Bergisch Gladbach um ihr ehemaliges Bundestags-, Kreistags- und Ratsmitglied, ihren ehemaligen ehrenamtlichen Bürgermeister und Ehrenbürger Franz Heinrich Krey trauere, der am 10.05.2017 im Alter von 87 Jahren verstorben sei. Franz Heinrich Kreys Wirken in der Öffentlichkeit habe bereits in jungen Jahren begonnen, als er 1949 mit 19 Jahren der Jungen Union beigetreten und bald in deren Kreis- und Landesvorstand gewählt worden sei, bevor er zum Landesgeschäftsführer des Verbandes aufgestiegen sei. Seit dem 27.09.1964 habe er für 10 Jahre dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach angehört. Nach der Gebietsreform habe Franz Heinrich Krey sein kommunalpolitisches Wirken von 1975 bis 1984 als Kreistagsmitglied des Rheinisch-Bergischen-Kreises fortgesetzt und sei ein Jahr später erstmals als rheinisch-bergischer Direktkandidat in den Deutschen Bundestag gewählt worden, dem er bis 1994 angehört habe. Darüber hinaus sei Franz Heinrich Krey von 1984 bis 1994 erneut Mitglied des Bergisch Gladbacher Stadtrates gewesen und habe für fünf Jahre das Amt des ehrenamtlichen Bürgermeisters bekleidet. Die Liste seiner Ämter und Leistungen sei lang und außergewöhnlich vielseitig. Auch ohne hier ins Detail zu gehen lasse sich sagen, dass Franz Heinrich Krey Bergisch Gladbach in besonderem Maße geprägt und sehr viel für diese Stadt getan habe. Er habe für Bergisch Gladbach mehr geleistet, als es seine Ämter von ihm verlangt haben und sei nie müde geworden, auch unbequeme Töne anzuschlagen, wenn es die Situation gefordert habe. Seine persönliche Anteilnahme an dem Geschehen in Bergisch Gladbach sei ein herausragendes und positives Beispiel für große Bürgernähe gewesen. Neben dem politischen Wirken habe sich Franz Heinrich Krey der Erhaltung und Pflege des heimatlichen Brauchtums verschrieben. Der „Brauchtumsvater“, wie er oft genannt worden sei, habe sich für viele verschiedene Vereine engagiert und zahlreiche Vorsitze innegehabt. Auf seine Initiative hin sei 1965 die „Vereinigung zur Erhaltung und Pflege des heimatlichen Brauchtums“ gegründet worden, die sich zum Ziel gesetzt habe, traditionelle Sitten und Gebräuche sowie die heimische Mundart vor der Vergessenheit zu bewahren. Mit der Liebe zum Brauchtum sei die Liebe zum Karneval einhergegangen. Seine Leidenschaft für den Karneval habe sich an seinem bedeutsamen Einsatz für diese Jahreszeit gezeigt. Der hiesige Karneval verdanke Franz Heinrich Krey entscheidende Impulse in der Nachkriegszeit. Es sei ihm gelungen, den Karneval aus kleinen Anfängen heraus zu einem bedeutsamen und repräsentativen Brauchtumsereignis für Alt- und Neubürger in Bergisch Gladbach zu entwickeln. Trotz Ruhm und Erfolg haben Bescheidenheit und Hilfsbereitschaft sein Wesen ausgezeichnet. Er sei ein Mann der klaren Worte gewesen, worin auch ein Großteil der Wertschätzung begründet sei, die er in der Bevölkerung genossen habe. Franz Heinrich Krey habe zahlreiche Auszeichnungen, Orden und Ehrungen für sein Lebenswerk erhalten, besonders sei ihm aber die Stadt Bergisch Gladbach mit Dank und Anerkennung verbunden. 1980 sei er anlässlich seines 50. Geburtstages durch seine Heimatstadt für seine Verdienste um die Pflege des Brauchtums mit der Bürgermedaille ausgezeichnet worden. 1992 habe er für sein Engagement zum Wohle der Bürgerschaft den Ehrenring der Stadt Bergisch Gladbach erhalten. Im Jahr 1999 habe ihm die Stadt Bergisch Gladbach das Ehrenbürgerrecht verliehen. Mit dieser Ehrung sei die Würdigung der Lebensleistung einer großen Persönlichkeit dieser Stadt erfolgt. Gleichzeitig sei mit dieser Auszeichnung die langjährige und besondere Verbundenheit zur Stadt Bergisch Gladbach und ihrer Bürgerschaft dokumentiert worden. Er bittet alle Anwesenden, sich von Ihren Plätzen zu erheben und Herrn Krey in einer Schweigeminute zu gedenken.

Anschließend weist Herr Urbach darauf hin, dass das Mitglied des Rates Frau Vanessa Nasshoven-Kroelling ihr Ratsmandat mit Ablauf des 31.05.2017 niedergelegt werde. Frau Nasshoven-Kroelling sei seit der Kommunalwahl 2014 Mitglied des Rates und für die SPD-Fraktion als ordnen-

tlisches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr und Rechnungsprüfungsausschuss aktiv gewesen sowie als stellvertretendes Mitglied in zahlreichen weiteren Ausschüssen und im Verwaltungsrat der SEB AöR. Vor der Kommunalwahl habe sie sich bereits als sachkundige Bürgerin für die Stadt Bergisch Gladbach engagiert. Im März habe sie mitgeteilt, dass sie Bergisch Gladbach aus beruflichen Gründen verlassen müsse. Er wünscht ihr in Namen des Rates alles Gute und dankt ihr für ihr Engagement für die Stadt Bergisch Gladbach. In Nachfolge für Frau Nasshoven-Kroelling habe Frau Marta Bähner-Sarembe das Ratsmandat aus der Reserve-liste der SPD mit Wirkung vom 01.06.2017 angenommen. Sie werde zu Beginn der nächsten Sitzung verpflichtet.

Sodann eröffnet Herr Urbach um 17:07 die 19. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung sind Herr Haasbach (CDU-Fraktion), Herr Höring (CDU-Fraktion), Frau Münzer (CDU-Fraktion), Herr Krasniqi (SPD-Fraktion), Herr Komenda (SPD-Fraktion), Herr Neu (SPD-Fraktion), Herr Steinbüchel (Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN), Frau Dr. Rüdig (Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) und Frau Misini (Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL) entschuldigt. Herr Pick (CDU-Fraktion) ist ab 17:08 Uhr und Herr Schütz (fraktionsloses Ratsmitglied) ab 17:20 Uhr anwesend.

Seitens der Verwaltung sind Frau Schlich und Herr Mumdey entschuldigt. Frau Schlich wird durch Herrn Buhleier vertreten.

Herr Urbach benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 10.05.2017 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung sowie
- die mit Schreiben vom 19.05.2017 übersandte Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen der Ausschüsse, die nach Druck und Versand der Sitzungseinladung getagt haben sowie die im Schreiben vom 19.05.2017 dargestellten ergänzenden Sitzungsunterlagen.

Herr Urbach schlägt zu der mit Schreiben vom 19.05.2017 übersandten Vorlage Nr. 0256/2017 – Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 15.05.2017 (eingegangen am 15.05.2017) zum Sachstand Errichtung einer Kindertagesstätte in Bensberg – vor, die Tagesordnung um diese Vorlage als TOP Ö 19.1.2 zu erweitern, da die schriftliche Anfrage gemäß § 20 Absatz 1 Geschäftsordnung fristgemäß – mindestens fünf Werktage vor Beginn der Ratssitzung – bei der Verwaltung eingegangen sei. Im Rat herrscht hierzu Einvernehmen.

Der Rat fasst einvernehmlich folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 23.05.2017 wird um die Beratung der Vorlage Nr. 0256/2017 – Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 15.05.2017 (eingegangen am 15.05.2017) zum Sachstand Errichtung einer Kindertagesstätte in Bensberg – als TOP Ö 19.1.2 erweitert.

Herr Klein **beantragt**, dass TOP N 9.1.1 – Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 08.05.2017 (eingegangen am 09.05.2017) zum Thema „Smart-Projekt“ – vom nicht öffentlichen in den öffentlichen Teil verschoben werde. Es sei nicht ersichtlich, warum dieser nicht öffentlich behandelt werden solle.

Herr Urbach entgegnet, dass vorliegend Auftragsvergaben Gegenstand der Thematik seien. Diese seien zwingend nicht öffentlich zu behandeln.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 21.03.2017 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 21.03.2017 - öffentlicher Teil

0191/2017

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zur Aufnahme eines Ratsmitgliedes in die SPD-Fraktion

Herr Urbach teilt mit, dass die SPD-Fraktion schriftlich mitgeteilt habe, dass Frau Bähler durch Fraktionsbeschluss vom 15.05.2017 Mitglied der SPD-Fraktion geworden sei, der damit 16 Ratsmitglieder angehören.

Mitteilung zu den Förderaktivitäten der Kreissparkasse

Herr Urbach führt an, dass es seit vielen Jahren guter Brauch sei, dass sich die Kreissparkasse Köln – über ihr wirtschaftliches Engagement hinaus – für gemeinnützige Zwecke engagiere. Alleine im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach habe die Kreissparkasse im Jahr 2016 insgesamt mehr als 140.000 Euro aus Mitteln des PS-Zweckertrags, ihren Stiftungen und durch Spenden an gemeinnützige, mildtätige, kirchliche und kulturelle Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Insbesondere im Hinblick auf die schwierige Haushaltslage der Stadt sei diese Unterstützung für die Stadt Bergisch Gladbach von unschätzbarem Wert. Er werde das Anschreiben, das er hierzu im Mai von der Kreissparkasse erhalten habe und aus dem sich weitere Einzelheiten zu den Aktivitäten entnehmen lassen, der Niederschrift beifügen.

Mitteilung zum Elternvotum der Umwandlung von drei Katholischen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen

Herr Rockenberg erklärt, dass letzte Woche drei Elternabende hinsichtlich der möglichen Umwandlung von den drei Katholischen Grundschulen in Refrath in Gemeinschaftsgrundschulen stattgefunden haben. Der Hintergrund sei, dass sich die Verteilung für das nächste Schuljahr so gestalte, dass es zu wenige Plätze an der GGS gebe und deshalb eine Notklasse eingerichtet werden müsse. An mindestens einer KGS sei hingegen Raum verfügbar. Eine Möglichkeit für eine bessere Sortierung, bei gleichzeitigem Erhalt der Vielfalt des Schulsystems, sei dabei eine Umwandlung gewesen. Heute habe die Auszählung stattgefunden, an der 54 % der Wahlberechtigten teilgenommen haben. An allen drei Schulen sei das notwendige Votum für eine Umwandlung, eine Mehrheit von 50 %, nicht erreicht worden. In Frankenforst haben ca. 25 % mit „Ja“ gestimmt, an der Steinbreche habe 1/6 der Wahlberechtigten mit „Ja“ gestimmt und bei In der Auen habe 1/3 der Wahlberechtigten mit „Ja“ gestimmt. Da es einen Rechtsanspruch gebe, werden die GGS-Plätze benötigt. Die nun vorhandenen Möglichkeiten, welche u.a. Neubau und Umverteilung im Stadtgebiet umfassen, werden nun intern aufbereitet und dann sowohl im Fachausschuss, als auch im Rat erörtert.

Der Rat nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

5. Gesamtabschluss 2010 der Stadt Bergisch Gladbach
0232/2017

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6. **Beteiligungsbericht 2015**
0121/2017

Herr Krell fragt, wo das Projekt zur Bereinigung der städtischen Beteiligungen aufgeführt sei.

Herr Urbach antwortet, dass daran gearbeitet werde. Es gebe die Überlegung, die Bädergesellschaft in eine Holding umzuwandeln, um dann die privatwirtschaftlich-organisierten Beteiligungen in diese zu integrieren. Es sei angestrebt, dass der Verwaltungsvorstand sich in der neuen Zusammensetzung intensiv mit der Thematik auseinandersetze.

Herr Krell fragt, welchen Zweck die Beteiligung an der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg habe. Diese weise einen Jahresfehlbetrag von 175.290,29 Euro auf.

Herr Urbach antwortet, dass die Gesellschaft liquidiert werden solle. Die Stadt Bergisch Gladbach sei hieran nicht operativ beteiligt.

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. **IV. Nachtrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach (GeschO)**
0198/2017

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Der IV. Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

8. **Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte**
0192/2017

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán folgenden **Beschluss**:

Die Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte wird beschlossen.

9. **Satzung zur Festlegung von Fristen für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) im Ortsteil Bergisch Gladbach-Bensberg - Bereich „Schlossstraße, Nikolausstraße und Gartenstraße“**
0163/2017

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán folgenden **Beschluss**:

Die Satzung zur Festlegung von Fristen für die Zustands- und Funktionsprüfung an privaten Abwasserleitungen gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) im Ortsteil Bensberg – Bereich „Schlossstraße, Nikolausstraße und Gartenstraße“ wird beschlossen.

10. Ergänzungen und Änderungen der „Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kindertagespflege“ zum 01.08.2017
0176/2017

Der Rat fasst mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und gegen die Stimme des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán folgenden **Beschluss**:

Die Änderung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege sowie die Ergänzung um den Teil II „Förderung von Großtagespflege im Selbständigenmodell“ werden beschlossen und treten zum 01.08.2017 in Kraft.

11. Städtische Förderung der Miete für die zusätzlichen 16 Plätze in der evangelischen Kindertagesstätte "Arche Noah"
0178/2017

Herr Urbach stellt fest, dass sich Frau Lehnert für befangen erklärt und sich für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung über den Tagesordnungspunkt in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales begibt.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán folgenden **Beschluss**:

Für die im Gebäude der evang. Kindertagesstätte Arche Noah zusätzlich zur Verfügung gestellten gemeindlichen Räumlichkeiten zum Betrieb von 16 Kindertagesstättenplätzen erhält die Evangelische Kirchengemeinde Bensberg ab dem Kindergartenjahr 2017/ 2018 einen Förderbetrag analog eines Mietkostenzuschusses in Höhe von 5.259,35 €. Der Förderbetrag wird in der Erwartung gezahlt, dass der Betrag dem Betrieb der Kindertagesstätte zu Gute kommt. Die Förderung wird analog § 7 der Durchführungsverordnung zum KiBiz indexiert.

12. Anschlussvereinbarung zwischen den Trägern der Seniorenbegegnungsstätten und der Stadt Bergisch Gladbach zum Betrieb der Einrichtungen ab dem 01.01.2018
0183/2017/1

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Die Vereinbarungen mit den in der Vorlage beschriebenen Trägern der Seniorenbegegnungsstätten werden über das Jahr 2017 hinaus fortgeschrieben.**
- 2. Die Vereinbarungen treten am 01.01.2018 in Kraft und werden für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Sie verlängern sich automatisch um weitere fünf Jahre, wenn nicht von einer der Kündigungsmöglichkeiten, die dem § 9 zu entnehmen sind, Gebrauch gemacht wird.**

13. Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion
0200/2017

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Der Aktionsplan Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach aus Juli 2013, der mit Ende des Jahres 2017 ausläuft, wird für die Jahre 2018 bis 2022 fortgeschrieben.**

2. **Unter Mitwirkung der betroffenen Menschen und der Ratsfraktionen wird die Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion bis Ende 2017 den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.**
3. **Bei den Haushaltsberatungen wird der bisherige Etatansatz für den Aktionsplan Inklusion in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr für den Zeitraum 2018 bis 2022 fortgeschrieben.**

14. **Ernennung eines Mitglieds des Inklusionsbeirates**
0202/2017

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat entsendet Herrn Jürgen Kaczor als stellvertretendes Mitglied für Menschen mit Mobilitätsbehinderung in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“.

15. **Entsendung eines Beiratsmitglieds in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (ABKSS)**
0015/2017

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat entsendet das Mitglied des Seniorenbeirates Herrn Erich Dresbach als Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport.

16. **Einwohnerfragestunde**
0175/2017

Herr Urbach erklärt, dass eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vorliege. Er bittet diesen, an das bereit stehende Mikrofon zu treten und seine Fragen zu verlesen. Sodann verliest Herr Hoffmann seine Einwohnerfragen.

1. Frage von Herrn Hoffmann:

„Seit Montag werden die Biotonnen in Bergisch Gladbach einmal jährlich ausgespült. Warum wurde diese Dienstleistung nicht europaweit ausgeschrieben?“

Antwort der Verwaltung:

„Es handelt sich um eine Inhouse-Beauftragung.“

2. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wer führt diese Reinigungen durch?“

Antwort der Verwaltung:

„Die EBGL GmbH.“

3. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum kam es zu einer Verzögerung bei der Dienstleistung?“

Antwort der Verwaltung:

„Wegen Lieferschwierigkeiten des Herstellers.“

4. Frage von Herrn Hoffmann:

„Welche Bürger haben sich diese Dienstleistung gewünscht?“

Antwort der Verwaltung:

„Es gab viele Anfragen von Nutzern und Hausverwaltungen.“

5. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wie hoch sind die jährlichen Kosten für diese Dienstleistung für den Bürger voraussichtlich?“

Antwort der Verwaltung:

„Ca. 60.000,- EUR.“

6. Frage von Herrn Hoffmann:

„Schafft der Dienstleister die Reinigung einmal jährlich in Bergisch Gladbach?“

Antwort der Verwaltung:

„Ja.“

7. Frage von Herrn Hoffmann:

„Gibt es Ausnahmen für Bürger, die ihre Tonne selbst oder gar nicht reinigen lassen wollen?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein.“

8. Frage von Herrn Hoffmann:

„In welcher Satzung ist diese Dienstleistung vermerkt?“

Antwort der Verwaltung:

„In keiner Satzung.“

9. Frage von Herrn Hoffmann:

„Plant die Stadt Bergisch Gladbach noch weitere Dienstleistungen in Bergisch Gladbach?“

Antwort der Verwaltung:

„Ja.“

10. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum wurde diese Dienstleistung nicht zeitlich befristet?“

Antwort der Verwaltung:

„Laufende Reinigungen verlängern die Nutzungsdauer der Biotonnen und schützen die Gesundheit des Sammelpersonals.“

11. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wer kontrolliert, ob diese Dienstleistung ihr Geld auch wert ist?“

Antwort der Verwaltung:

„Der Nutzen lässt sich nicht in Geld beziffern.“

12. Frage von Herrn Hoffmann:

„Ist diese Dienstleistung für die Stadt Bergisch Gladbach kostendeckend?“

Antwort der Verwaltung:

„Ja.“

13. Frage von Herrn Hoffmann:

„Geht diese Dienstleistung angesichts von 400 Millionen Euro Schulden der Stadt Bergisch Gladbach nicht genau in die falsche Richtung?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein.“

14. Frage von Herrn Hoffmann:

„Ist die Stadt Bergisch Gladbach in ihrem Handeln mit Marx und Engels auf einer Wellenlänge?“

Antwort der Verwaltung:

„Herr Hoffmann, ein Sachzusammenhang ist für mich nicht erkennbar, aber mich interessiert die Intention der Frage und ich bitte Sie, uns im Rahmen der Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen, den Zusammenhang zwischen den Werken Marx' und Engels und einer Mülltonne darzustellen.“

Erläuterung von Herrn Hoffmann:

„Mir kommt das hier vor wie angewandter Kommunismus.“

Antwort der Verwaltung:

„Das hat aber mit der Mülltonne nichts zu tun.“

Herr Urbach fragt Herrn Hoffmann, ob dieser weitere Zusatzfragen stellen wolle, was dieser verneint.

17. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

17.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 08.05.2017 (eingegangen am 08.05.2017) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen 0238/2017

Herr Urbach weist darauf hin, dass es sich bei den von der Fraktion benannten Nachfolgebesetzungen für stellvertretende Mitglieder des ASWDG und des AAB um stellvertretende **beratende** Mitglieder handele. Dies sei bei der Beschlussfassung über den Antrag ergänzend zu berücksichtigen.

Sodann stellt Herr Urbach den Antrag unter Berücksichtigung dieser Ergänzung zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimme des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán folgenden **ergänzten Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen der Stadt Bergisch Gladbach wird unter Berücksichtigung der folgenden Ergänzung angenommen.

Bei den für den ASWDG und den AAB beantragten Nachfolgebesetzungen handelt es sich um stellvertretende beratende Ausschussmitglieder.

17.2. Antrag der SPD-Fraktion vom 09.05.2017 (eingegangen am 09.05.2017) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen und Mitgliedschaften 0240/2017

Herr Urbach erklärt, dass die fehlenden Rücktrittserklärungen der Verwaltung zwischenzeitlich zugegangen seien. Zudem habe die Geschäftsstelle der SPD-Fraktion der Verwaltung mitgeteilt, dass Frau Bähler-Sarembe ordentliches Mitglied an Stelle von Frau Nasshoven-Kroelling im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr werden solle. Der bisherige stellvertre-

tende Sitz von Frau Bähler-Sarembe solle dann bis auf weiteres frei bleiben (N.N.). Zudem solle Frau Bähler-Sarembe ordentliches Mitglied im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann bleiben, der stellvertretende Ausschusssitz von Frau Nasshoven-Kroelling solle nach deren Mandatsniederlegung bis auf weiteres unbesetzt bleiben (N.N.) Außerdem können die Nachfolgebesetzungen betreffend Frau Nasshoven-Kroelling nur mit Wirkung vom 01.06.2017 beschlossen werden, da die Ausschusssitze erst mit der Mandatsniederlegung, also mit Ablauf des 31.05.2017 frei werden.

Sodann stellt Herr Urbach den Antrag unter Berücksichtigung dieser Ergänzung zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **ergänzten Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen und Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach wird angenommen. Die Nachfolgebesetzungen betreffend Frau Nasshoven-Kroelling werden mit Wirkung vom 01.06.2017 beschlossen. Frau Bähler-Sarembe wird ordentliches Mitglied an Stelle von Frau Nasshoven-Kroelling im AUKIV. Der bisherige stellvertretende Sitz von Frau Bähler-Sarembe bleibt dann bis auf weiteres unbesetzt (N.N.). Frau Bähler-Sarembe bleibt ordentliches Mitglied im ASWDG, der stellvertretende Ausschusssitz von Frau Nasshoven-Kroelling bleibt nach deren Mandatsniederlegung ebenfalls bis auf weiteres unbesetzt (N.N.).

18. Anträge der Fraktionen

18.1. Antrag von 46 Mitgliedern des Rates vom 13.03.2017 (eingegangen am 20.03.2017) zur Abberufung des Beigeordneten Herrn Stadtkämmerer Jürgen Mumdey **0156/2017**

Herr Urbach führt an, dass der Antrag auf Abberufung des Beigeordneten Herrn Mumdey die gesetzlichen Anforderungen erfülle und daher rechtmäßig sei. Über den Abberufungsantrag werde ohne Aussprache durch Beschluss in öffentlicher Sitzung entschieden.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimme des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz und damit mit einer Mehrheit von mehr als zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates folgenden **Beschluss**:

Herr Jürgen Mumdey, Beigeordneter der Stadt Bergisch Gladbach, wird ohne Vorberatung und ohne Aussprache zum 31. August 2017 abberufen gemäß § 71 Absatz 7 der Gemeindeordnung.

18.2. Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 13.03.2017 (eingegangen am 20.03.2017) zur Ausschreibung der Stelle des Beigeordneten/Stadtkämmerers **0157/2017**

Herr Urbach erläutert, die Verwaltung habe den Antrag bereits umgesetzt. Er empfehle, einen Beschluss zu fassen, mit dem festgestellt werde, dass der Antrag von der Verwaltung antragsgemäß vollumfänglich umgesetzt worden sei und deshalb als erledigt erklärt werde.

Herr Waldschmidt und Herr Dr. Metten zeigen sich damit einverstanden.

Herr Santillán erklärt, dass vorliegend das Mitbeteiligungsrecht des Rates ausgehebelt werde. Der Antrag sei der Verwaltung im März zugegangen und die Ausschreibung daraufhin erfolgt. Bereits

Ende April sei ein entsprechender Kandidat seitens der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion präsentiert worden. Es sei fraglich, weshalb vorliegend überhaupt eine Abstimmung erfolge, da die Vorgehensweise dem demokratischen Prinzip widerspreche. Die Rechte der Ratsmitglieder werden ausgehebelt, da nicht alle am Prozess beteiligt gewesen seien. Die Vorgehensweise sei eine Farce. Er kenne den vorgestellten Kandidaten nicht, es sei jedoch falsch, dass eine Ausschreibung erfolgen solle. Die große Koalition habe sich bereits festgelegt. Durch eine Ausschreibung entstehen lediglich Kosten. Zudem werde anderen möglichen Bewerberinnen und Bewerbern gegenüber die Hoffnung geweckt, dass diese eine Chance auf die Stelle haben. Der Sinn und Zweck einer Ausschreibung sei es, dass eine Bestenauslese stattfinde. Der vorgestellte Kandidat möge zwar für die Stelle geeignet sein, jedoch werde die Möglichkeit, noch besseres Personal zu finden eingeschränkt, da das durchgeführte Verfahren abschreckende Wirkung habe. Zudem sei vorliegend bereits klar, welches Parteibuch der neue Kämmerer haben solle. Er **beantragt**, dass die Ausschreibung dahingehend ergänzt werden solle, dass eine Nähe zur SPD erwünscht sei. Zudem **beantragt** er, dass auf die Ausschreibung verzichtet werden solle, um Geld einzusparen und den Kämmerer in einer der nächsten Sitzungen direkt zu wählen. Ihm sei dabei durchaus bewusst, dass eine formelle Ausschreibung rechtlich notwendig sei. Die hier gewählte Vorgehensweise sei lächerlich.

Herr Samirae stimmt Herrn Santillán dahingehend zu, dass auf den ersten Blick der Eindruck erweckt werde, die Stelle sei schon besetzt worden. Dies sei jedoch nicht der Fall. Die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL habe das Vorgehen der Verwaltung geprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass bisher alles rechtmäßig gelaufen sei. Die Stelle sei mit dem Zusatz ausgeschrieben worden, dass diese voraussichtlich frei werde. Da der Rat den entsprechenden Beschluss unter dem vorherigen Tagesordnungspunkt gefasst habe, sei dieser Umstand nun eingetreten. Wenn die Stelle nicht ausgeschrieben werde, entfalle diese. Dies stehe nicht zur Debatte. Zudem entscheide letztlich der Rat über die Besetzung der Stelle. Dieser setze sich aus den Fraktionen sowie den beiden fraktionslosen Ratsmitgliedern zusammen. Bewerber, die sich vor der ordentlichen Ausschreibung beworben haben, dürften nicht seitens der Verwaltung zu einem Auswahlverfahren eingeladen werden. Dies sei auch nicht geschehen. Die SPD-Fraktion habe sich einige Kandidaten vorstellen lassen und hierzu auch die anderen Fraktionen und Einzelratsmitglieder eingeladen. Es bleibe dann dem Rat überlassen, für welchen Kandidaten sich dieser entscheide. Sofern sich mit der ordentlichen Ausschreibung noch bessere Bewerber finden, könne der Rat sich auch anderweitig entscheiden. Die Personalhoheit in vorliegender Sache habe der Rat. Die Verwaltung habe keine Fehler gemacht.

Herr Krell stimmt der Kritik Herrn Santilláns am Verfahren grundsätzlich zu. Es sei fraglich, weshalb die Stellenausschreibung nicht in der letzten Ratssitzung vorgelegt worden sei. Auch sei die Stellenausschreibung extrem eng gefasst. Durch eine weitere Fassung hätten weitere qualifizierte Kandidaten angesprochen werden können. Er habe von der Wahl der großen Koalition auf Herrn Stein 24 Stunden vor Veröffentlichung der Pressemitteilung erfahren und deshalb keine Gelegenheit gehabt, sich ein Bild über den Kandidaten zu machen. Das Verfahren sei befremdlich, auch wenn es Sache von CDU-Fraktion und SPD-Fraktion sei, einen geeigneten Kandidaten auszuwählen. Es gebiete jedoch der Fairness, dass die anderen Fraktionen eingebunden werden.

Herr Santillán vertritt die Auffassung, dass Bergisch Gladbach den Posten des Kämmerers benötige. Ein Verzicht auf eine Ausschreibung bedeute nicht, dass dies auch für die Stelle gelte. Seine Kritik habe sich gegen die Arroganz von CDU-Fraktion und SPD-Fraktion gerichtet. Die formal juristische Komponente müsse von dem demokratischen Prozess getrennt werden. Der Respekt vor dem Rat gebiete es, dass der Prozess so durchgeführt werde, dass der Verfahrensprozess im Rat im Vordergrund stehe. Analog seien heute Satzungen beschlossen worden, welche ebenfalls im Vorfeld mit dem Hinweis hätten bekannt gemacht werden können, dass diese voraussichtlich beschlossen werden.

Herr Urbach entgegnet, dass dies nicht rechtmäßig gewesen wäre.

Herr Waldschmidt erklärt, es sei zwingend notwendig, dass eine möglichst kurze Übergangsphase zwischen dem Ende der Amtszeit Herrn Mumdeys sowie dem Beginn der Amtszeit des neuen Kämmerers liege. Herr Mumdey werde den Haushalt 2018 noch aufstellen, für die anschließende Beratung und den Beschluss im Rat werde jedoch begleitend ein Kämmerer benötigt. Aufgrund dessen sei er Herrn Urbach dankbar, dass die Ausschreibung vorgezogen worden sei. Das Verfahren sei rechtlich nicht zu beanstanden. Darüber hinaus sei es erfreulich, dass es sich bei dem gemeinsam mit der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten um einen exzellenten Fachmann handle. Im Zuge der Ausschreibung haben sich mehrere Kandidaten beworben, wobei Herr Stein aus diesen herausgestochen habe. Das Verfahren sei ordnungsgemäß durchgeführt worden, zumal der Rat den Kämmerer erst noch wählen müsse. Es sei das Recht der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion, einen Kandidaten vorzuschlagen. Alle Fraktionsvorsitzenden seien über die Vorstellung des Kandidaten im Vorfeld informiert worden, bevor die Presse miteinbezogen worden sei. Die meisten Fraktionen haben hiervon Gebrauch gemacht, wofür er seinen Dank ausspreche. Dies sei ein Zeichen kollegialer Zusammenarbeit. Herr Krell habe diese Möglichkeit ebenfalls gehabt und die Synopse der potentiellen Kandidaten erhalten. Es habe jederzeit die Chance bestanden, diese einzuladen. Das Verfahren sei unkritisch.

Herr Urbach führt an, dass der Beschluss des Antrags zur Abberufung Herrn Mumdeys aufgrund der Unterschrift von 46 Ratsmitgliedern sehr wahrscheinlich gewesen sei, zumal dies nicht gegen den Willen Herrn Mumdeys geschehe. Zudem sei ein Antrag der beiden größten Fraktionen auf Ausschreibung der Stelle eingegangen. Dies habe zu der Frage geführt, ob die Verwaltung die Ausschreibung möglichst frühzeitig veröffentliche, damit mehr Zeit für das Verfahren der Personalauswahl gewonnen werden könne oder ob bis zum Beschluss in der heutigen Ratssitzung gewartet werden solle. Ihm persönlich sei es dabei lieber gewesen, dass frühzeitig ausgeschrieben werde, da dann mehr Zeit für das Auswahlverfahren vorhanden sei. Es habe eine öffentliche Ausschreibung gegeben, Bewerbungen seien eingegangen und die Synopse sei erstellt worden, die den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden sei. Zudem habe es die Möglichkeit gegeben, die Kandidaten einzuladen und sich entsprechend zu positionieren. Hiervon haben viele Fraktionen Gebrauch gemacht. Es sei das Recht der Kooperationsfraktionen, sich abzustimmen und einen gemeinsamen Vorschlag einzureichen.

Herr Krell stellt klar, dass er nicht die Möglichkeit gehabt habe, Herrn Stein kennenzulernen. Herr Waldschmidt habe ihn 24 Stunden vor Veröffentlichung der Pressemitteilung angerufen, während er sich jedoch auf einer Dienstreise befunden habe. Die Synopse habe er ca. drei Stunden vor Veröffentlichung der Pressemitteilung vom Büro des Bürgermeisters erhalten.

Herr Urbach erwidert, dass Herr Krell die Synopse aufgrund der Dienstreise bereits vorab per Mail erhalten habe. Den Fraktionen habe die Synopse bereits vorgelegen.

Herr Santillán erklärt, dass die Fraktionen nach der Gemeindeordnung besser gestellt seien als fraktionslose Ratsmitglieder. Er habe bereits des Öfteren erlebt, dass ihm Unterlagen seitens der Verwaltung nicht vorgelegt worden seien, die die Fraktionen jedoch erhalten haben. Eine Synopse habe er so beispielsweise nicht erhalten. In Rücksprache mit Herrn Schütz habe sich herausgestellt, dass dieser ebenfalls keine Synopse erhalten habe. Zwar sei die Bedeutung von Einzelratsmitgliedern im Vergleich zu Fraktionen geringer, er habe jedoch auch keinen Anruf von Herrn Waldschmidt erhalten.

Herr Urbach entgegnet, dass in der heutigen Sitzung auch keine Wahl stattfinde. Diese folge in der nächsten Sitzung, womit auch die Synopse vorliegen werde. Die beiden Anträge Herrn Santilláns seien widersprüchlich. So beantrage dieser zum einen, dass in die Ausschreibung ein Hinweis zur Nähe zur SPD aufgenommen werden solle, zum anderen aber auf die Ausschreibung verzichtet werden solle.

Herr Santillán führt an, dass über den Antrag abgestimmt werden solle, wonach auf eine Ausschreibung verzichtet werden solle.

Herr Urbach teilt mit, dass dies über seinen eingangs erwähnten Hinweis subsumiert werden könne.

Herr Waldschmidt teilt mit, dass viele Ratsmitglieder Herrn Stein bereits kennengelernt haben. Dieser werde bei Bedarf auch ein entsprechendes Gespräch mit Herrn Santillán führen.

Herr Urbach erörtert, dass der Antrag Herrn Santilláns darauf abziele, nicht noch einmal auszusprechen. Ein Antrag, wonach nicht ausgeschrieben werde, laufe ins Leere, da die Ausschreibung bereits erfolgt sei. Zudem wäre ein Verzicht auf eine Ausschreibung rechtswidrig gewesen, da die Gemeindeordnung eine Ausschreibung zwingend vorsehe. Er habe empfohlen, einen Beschluss zu fassen, mit dem festgestellt werde, dass der Antrag von der Verwaltung antragsgemäß vollumfänglich umgesetzt worden sei und deshalb als erledigt erklärt werde. Dies mache eine erneute Ausschreibung obsolet und umfasse den Antrag Herrn Santilláns.

Herr Santillán widerspricht dem. Er habe beantragt, dass auf eine Beschlussfassung zum gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion verzichtet werde.

Herr Urbach entgegnet, dass dies mit seiner Beschlussempfehlung abgedeckt sei. Der Antrag werde damit als erledigt erklärt.

Herr Santillán erwidert, dass nach seinem Antrag, der Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion nicht weiter behandelt werden solle.

Herr Urbach führt an, dass Herr Santillán dann zu Beginn der Sitzung hätte beantragen müssen, dass der Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt werde, was nicht geschehen sei.

Herr Santillán teilt mit, seine Intention sei, dass der Antrag von CDU-Fraktion und SPD-Fraktion nicht beschlossen werde.

Herr Urbach weist Herrn Santillán darauf hin, dass dieser dann dagegen stimmen könne.

Sodann stellt Herr Urbach seine Beschlussempfehlung, wonach, ein Beschluss gefasst werden solle, mit dem festgestellt werde, dass der Antrag von der Verwaltung antragsgemäß vollumfänglich umgesetzt worden sei und deshalb als erledigt erklärt werde, zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der beiden fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Santillán und Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Der Rat stellt fest, dass der Antrag von der Verwaltung antragsgemäß und vollumfänglich umgesetzt wurde und deshalb als erledigt erklärt wird.

18.3. Antrag der FDP-Fraktion vom 08.05.2017 (eingegangen am 08.05.2017) zum Bedarf für eine Randstundenbetreuung an den Grundschulen
0239/2017

Herr Krell erklärt, dass die FDP-Fraktion mit der vorgeschlagenen Verweisung nicht einverstanden sei und **beantragt**, dass der Rat die Angelegenheit an sich ziehe, da Dringlichkeit gegeben sei. Laut einer Pressemitteilung fehle es an 236 OGS-Plätzen. Zudem finden die Ausschusssitzungen, in die der Antrag verwiesen werden solle, erst Ende Juni statt. Dies sei für die betroffenen Eltern zu spät. Auch scheinen Unzulänglichkeiten im Verfahren gegeben, so dass es zu Doppelzuweisungen komme und unklar sei, wie viele Plätze tatsächlich an den Schulen vorhanden seien.

Herr Urbach führt an, dass die Verweisung an die Fachausschüsse nicht ohne weitere Ausarbeitung erfolge. Die Verwaltung werde entsprechende Lösungsvorschläge in den Fachausschüssen präsentieren.

Herr Krell teilt mit, dass er die Aussage Herrn Urbachs nachvollziehen könne. Jedoch ziele der Antrag der FDP-Fraktion eben darauf ab, dass die Verwaltung entsprechende Konzepte erarbeiten solle. Es sei selbstverständlich, dass diese den Fachausschüssen vorgelegt werden.

Herr Klein erörtert, dass die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL die Absicht der FDP-Fraktion unterstütze. Die Ursache für den Mangel an OGS-Plätzen sei allen Ratsmitgliedern bekannt. Die vorhandenen baulichen Gegebenheiten seien so schnell nicht änderbar. Eine Verweisung sei nicht zwingend erforderlich, da der Rat den Antrag auch an sich ziehen könne. Die Möglichkeiten, die sich aus einer schnelleren Bearbeitung ergeben, können vielen Bürgerinnen und Bürgern helfen. Zur Ertüchtigung der Bestandsgebäude seien Baumaßnahmen und Investitionen notwendig, deren Aufschub zu einer Verzögerung führe und möglicherweise in einer Einklagbarkeit der OGS-Plätze münde. Es sei kein Grund erkennbar, weshalb der Rat die Angelegenheit nicht an sich ziehen solle, da dieser sich letztlich ohnehin mit der Thematik beschäftigen müsse.

Herr Urbach entgegnet, dass bei allen Beteiligten Einigkeit über die Notwendigkeit bestehe. Es gehe vorliegend um die Frage der faktischen Möglichkeiten und Umsetzungen. Es wäre wünschenswert, wenn die Thematik zu einer Pflichtaufgabe der Kommunen würde, da dann die Finanzierung gesichert sei. Ein Beschluss über den Antrag führe zu keiner Änderung der Sachlage, da die Verwaltung bereits mit Hochdruck hieran arbeite.

Herr Samirae führt an, dass den vorliegenden Problemen der Bürgerinnen und Bürger Abhilfe geschaffen werden müsse. Es habe bereits Demonstrationen vor dem Rathaus gegeben, da sich Eltern um ihren Arbeitsplatz sorgen, wenn sie keinen Kindergarten- oder OGS-Platz erhalten. Es sei nicht nachvollziehbar, warum dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zugestimmt werden könne, da dieser kurz und prägnant sei. Die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL werde dem Antrag zustimmen. Wer dies nicht tue, nehme die Bürgerschaft nicht mehr ernst.

Herr Urbach entgegnet, dass in der Satzung des Jugendamtes aufgeführt sei, dass der Jugendhilfeausschuss über die Entwicklung des Angebots der Kindertagesbetreuung entscheide. Der Rat könne dies nicht an sich ziehen, da die Zuständigkeit satzungsrechtlich geregelt sei.

Herr Buchen berichtet, dass die OGS-Situation bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2017 behandelt worden sei. Dabei über langfristige und kurzfristige Möglichkeiten sowie über Randstundenbetreuung an Grundschulen gesprochen worden. Dies sei unabhängig vom Vorliegen eines Antrages geschehen. Insofern sei keine Dringlichkeit gegeben, da die inhaltlichen Ausführungen des Antrags bereits Gegenstand der Diskussion gewesen seien. Zudem habe der Jugendhilfeausschuss besondere Rechte, zumal diesem auch Vertreterinnen und Vertreter der freien Träger angehören, die ebenso mitbestimmen können. Es sei deshalb rechtlich fraglich, ob der Rat die Angelegenheit überhaupt an sich ziehen könne.

Herr Kreutz ergänzt, dass die Diskussion im Jugendhilfeausschuss weitaus differenzierter sei, als dies vorliegend im Rat der Fall sei. Es werde auf mehreren Ebenen gearbeitet und es sei zutreffend, wie Herr Urbach bereits erwähnt habe, dass die Verwaltung mit Hochdruck an einer Lösung der Problematik arbeite. Es sei richtig, dass ein mittelfristiges Problem vorliege, jedoch werde hierfür die Zeit und Arbeit des Jugendhilfeausschusses benötigt. Der Antrag der FDP-Fraktion sei zudem inhaltlich nicht konkret genug. Eine Ausarbeitung müsse im Jugendhilfeausschuss erfolgen, in dem auch die freien Träger Mitglied seien, welche die Arbeit Vorort verrichten.

Herr Ebert schließt sich den Ausführungen von Herrn Buchen und Herrn Kreutz an. Die Besetzung des Jugendhilfeausschusses sei wesentlich umfangreicher, als die der anderen Ausschüsse. Die Qualität, mit der im Jugendhilfeausschuss Diskussionen geführt werden, gebe es in anderen Ausschüssen in solcher Form nicht. Es betreffe die Kompetenz des Rates, wenn eine Lösung im Jugendhilfeausschuss erarbeitet werde und noch die finanziellen Mittel benötigt werden. Es bestehe Einigkeit, dass das Problem gelöst werden müsse. Die Fachdiskussion müsse im qualifizierten Fachausschuss geführt werden.

Herr Krell vertritt die Auffassung, dass die Diskussion an der Intention des Antrags der FDP-Fraktion vorbeigehe. Der Antrag zielen nicht auf eine konkrete Lösung ab, sondern es solle der Bedarf der Randstundenbetreuung an den Grundschulen ermittelt und geprüft werden, wie dies gewährleistet werden könne. Auf dieser Grundlage könne der Jugendhilfeausschuss einen Beschluss fassen und folgend der Rat beteiligt werden. Er sei bereit, den Antrag zurückzuziehen, wenn im Protokoll festgehalten werde, dass die Verwaltung hieran bereits arbeite.

Herr Urbach führt an, dass die FDP-Fraktion beantragt habe, die Verwaltung solle beauftragt werden, eine Randstundenbetreuung an den Schulen zu ermöglichen. Die Intention sei aber deutlich geworden.

Herr Jungbluth erklärt, dass mit dem Antrag der FDP-Fraktion ein Prozess gestartet werden solle, der bereits im Gange sei. Es sei verwunderlich, dass die nun vorherrschende Situation überhaupt entstanden sei. Es sei wichtige Zeit verloren gegangen, da Prozesse zu spät gestartet und beendet worden seien, um den Bedarf zu ermitteln. Es müsse geprüft werden, wie damit in den Folgejahren umgegangen werde. Die jetzige Lage sei selbstverschuldet.

Herr Urbach entgegnet, dass dies der Arbeit der Verwaltung nicht gerecht werde. Es liege eine besondere Situation in Refrath vor, welche entstanden sei, weil viele Eltern ihre Kinder an einer GGS und nicht an einer KGS haben anmelden wollen. Dies habe dazu geführt, dass an der GGS Wittenbergstraße eine weitere Klasse eingerichtet werden müsse. Diese umfasse 25 Kinder, wobei ein Mangel von 33 Plätzen vorliege. Die Verwaltung wäre dem Rechtsanspruch nachgekommen, wenn sie lediglich darauf verwiesen hätte, dass es noch Gemeinschaftsgrundschulen in anderen Stadtteilen gebe. Dann wäre die OGS-Problematik nicht entstanden.

Herr Jungbluth erwidert, dass der Bedarf an Schulplätzen relativ präzise vorhergesehen werden könne. So könne anhand der Zahlen der Kinder, welche die Kindertagesstätten verlassen, eine große Sicherheit für den Bedarf abgeleitet werden. Es könne nicht sein, dass im November nach dem Bedarf gefragt werde und erst im April entsprechende Mitteilungen ergehen, während kein Zwischenbericht erfolge und die Eltern darum gebeten werden, von Nachfragen abzusehen. Es sei nicht auszuschließen, dass sich die Situation im Zuge der demografischen Entwicklung und des Zuzugs erneut ergebe.

Herr Urbach entgegnet, dass die Flüchtlingszahlen und das Anmeldeverhalten nicht vorhersehbar gewesen seien.

Frau Scheerer schließt sich für die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN den Ausführungen von Herrn Buchen und Herrn Kreutz an. Die Thematik sei besprochen worden und es sei angeregt worden, dass die Zahlen nächstes Jahr frühzeitig vorgelegt werden, damit eine solche Situation vermieden werden könne.

Herr Samirae führt an, dass es sich vorliegend um keine einmalige Situation handle, da der Platzmangel in diesem Bereich jedes Jahr vorherrsche. Wenn keine Abhilfe geschaffen werde, werde den Eltern die Möglichkeit genommen, ihren Beruf weiterauszuüben.

Herr Urbach entgegnet, dass er zuvor bereits gesagt habe, dass mit dem Hochdruck an der Thematik gearbeitet werde.

Herr Klein teilt mit, dass anhand der jetzigen Diskussion deutlich werde, wie interessant die Thematik sei. Der Vorschlag der FDP-Fraktion schaffe ein Instrument, mit dem vielen Eltern eine Lösung gegeben werden könne. Die Installation einer Randstundenbetreuung mit weniger Umfang würde viele derzeit blockierte Plätze freisetzen, da momentan nur die Möglichkeit bestehe, eine Betreuung bis 15 Uhr oder 16.30 Uhr anzubieten. Eine Lösung für das nächste Jahr stelle keine Hilfe für dieses Jahr da. Die Problematik, dass es nicht ausreichend Kita- und OGS-Plätze gebe, bestehe seit Jahren. Die Eltern haben bereits demonstriert.

Herr Urbach wiederholt abermals, dass für dieses Jahr an einer Lösung gearbeitet werde.

Herr Buchen entgegnet auf die Aussage Herrn Kleins, wonach die Diskussion angeregt verlaufe, dass die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bereits mitgeteilt haben, dass an dem Thema gearbeitet werde und dies in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses diskutiert werde. Diejenigen, die nicht oder nicht mehr Mitglied im Jugendhilfeausschuss seien, versuchen derweil mit – teilweise polemischen – Aussagen, die Problematik zu verschärfen. Dies sei sehr schade. Derartiges Vorgehen sei in den letzten drei Jahren im Jugendhilfeausschuss nicht vermisst worden. Wer sich mit der Materie inhaltlich auseinandersetzen wolle, solle die entsprechenden Vorlagen im Jugendhilfeausschuss lesen. Es sei auf hunderten Seiten dargestellt worden, in welchen Stadtteilen welcher Bedarf gesehen werde und in welcher Kita Plätze in Zahl und Form eingerichtet werden sollen. Dies werde auf das Thema OGS übertragen. Es wäre erfreulich, wenn diese Arbeit weiterhin im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fortgeführt werden könne, ohne dass die im Rat vorgebrachte Polemik dies behindere.

Herr Krell widerspricht Herrn Buchen, da er keine polemischen Äußerungen getätigt habe. Auch habe sich die FDP-Fraktion ausführlich mit den Unterlagen des Jugendhilfeausschusses auseinandergesetzt und sich eine Meinung gebildet. Es müsse zur Kenntnis genommen werden, dass die Situation nicht optimal verlaufe. Er ziehe den Antrag zurück, wenn im Protokoll dokumentiert werde, dass die Verwaltung mit Hochdruck an einer Lösung des Problems arbeite.

Herr Urbach führt an, dass dies im Protokoll nachzulesen sein werde. Die Verwaltung arbeite mit Hochdruck an dem Thema. Es gebe bereits konkrete Gespräche mit der GGS Wittenbergstraße, welche einen positiven Eindruck machen.

Herr Krell zieht den Antrag daraufhin zurück.

Frau Holz-Schöttler erklärt, dass der Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit der Verwaltung das Jugendamt bilde. Im Jugendhilfeausschuss werde akribisch und inhaltlich an der Thematik gearbeitet. Die Redebeiträge Herrn Kleins seien störend. Es solle daran gearbeitet werden, dass die Plätze geschaffen werden können. Es sei nicht nützlich, wenn sowohl Ganztags-, als auch Randstundenbetreuung angeboten werden und die Quadratmeter dann doppelt besetzt werden. Dies sei nicht umsetzbar.

Herr Klein erklärt, dass der Wortbeitrag Herrn Buchens ihm gegenüber polemisch gewesen sei. Seine Aussagen haben feststellen sollen, dass das Problem seit mehreren Jahren ignoriert werde und die Eltern damit alleingelassen werden. Bei den Demonstrationen seien lediglich er selbst und Herr Samirae anwesend gewesen. Er widerspricht Herrn Urbach, dass die Flüchtlingszahlen nicht hätten vorhergesehen werden können. Die Stadt Bergisch Gladbach sei in diesem Punkt, wie auch bei der Schulsituation, schlecht vorbereitet gewesen. Er habe der Verwaltung nie unterstellt, dass diese nicht intensiv an einer Problemlösung arbeite. Es sollten jedoch alle Vorschläge, die eine Lösung beschleunigen, wahrgenommen werden, wozu auch der Antrag der FDP-Fraktion zähle. Es sollten

so auch Lösungen außerhalb der gesetzlichen Regelungen in Betracht gezogen werden, auch wenn dies mit einem höheren finanziellen Aufwand verbunden sei.

Herr Urbach stellt fest, dass Herr Klein soeben behauptet habe, dass Bergisch Gladbach deutlich schlechter auf die Flüchtlingssituation vorbereitet gewesen sei, als andere Städte. Dies sei hanebüchen und eine Selbstdisqualifikation.

Herr Santillán bittet darum, dass die Aussage von Frau Holz-Schöttler, wonach die Wortbeiträge Herrn Kleins störend seien, ins Protokoll aufgenommen werde.

Herr Samirae widerspricht Herrn Klein dahingehend, dass auch Herr Waldschmidt und Herr Jungbluth an der Demonstration teilgenommen haben. Herr Urbach habe in seinem vorletzten Wahlprogramm versprochen, Bergisch Gladbach zur kinder- und jugendfreundlichsten Stadt Nordrhein-Westfalens zu machen. Wenn nun behauptet werde, die Verwaltung arbeite mit Hochdruck an der Thematik, erwecke dies bei der Bürgerschaft den Eindruck der Einhaltung eines Wahlversprechens. Das Problem müsse jetzt angegangen werden, weshalb Teile des Rates heute eine Entscheidung über den Antrag treffen wollten. Den Bürgerinnen und Bürgern könne nur durch Taten geholfen werden.

Herr Urbach führt an, dass die Verwaltung die Entwicklung der Platzzahlen in den letzten acht Jahren darstellen werde.

19. Anfragen der Ratsmitglieder

19.1. Schriftliche Anfragen

19.1.1. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 20.04.2017 (eingegangen am 21.04.2017) zur Errichtung einer provisorischen Kindertagesstätte/OGS in Refrath 0227/2017

Der Rat nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

19.1.2. Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 15.05.2017 zum Sachstand Errichtung einer Kindertagesstätte in Bensberg 0256/2017

Der Rat nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

19.2. Mündliche Anfragen

Herr Santillán: Anfrage zu Kosten einer Ausschreibung

Herr Santillán fragt, welche ungefähren Gesamtkosten, über die Veröffentlichung in der Zeitung hinaus, bei der Verwaltung für die Ausschreibung einer Beigeordneten- oder Fachbereichsleiterstelle entstehen.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Meinhardt: Anfrage zur Gestaltung des forum-Parks und dortigen Spielplatz

Frau Meinhardt fragt, inwiefern die Neugestaltung des forum-Parks sowie des dazugehörigen Spielplatzes durch die Regionale 2010 abgedeckt worden sei und weshalb die für die Spielplatzplanung zuständige Verwaltungsmitarbeiterin nicht in die Thematik involviert gewesen sei.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Die Beschlüsse seien vor seiner Zeit als Bürgermeister gefasst worden.

Frau Schundau: Anfragen zum Mobilitätskonzept, zu einem Container und zum Wertstoffhof

Frau Schundau führt an, dass Bergisch Gladbach beim Fahrradklimatest des ADFC auf einem unerfreulichen vorletzten Platz abgeschnitten habe. In nächster Zeit solle die Stelle des Mobilitätsmanagements neu besetzt werden. Sie bittet um Informationen diesbezüglich. Es stelle sich dann die Frage, ob der neue Mobilitätsmanager ein Konzept habe und über Erfahrungen verfüge. Zudem befinde sich auf dem Radweg Weidenbuscher Weg/ Ecke Hufer Weg ein Container. Sie fragt, warum sich dieser dort befinde und wer dies genehmigt habe. Zudem sei ihr hinsichtlich des Wertstoffhofes zugetragen worden, dass mit dessen Einrichtung das Schadstoffmobil eingestellt werden sollen. Sie fragt, ob dies zutreffend sei.

Herr Urbach schlägt vor, dass sich der neue Mobilitätsmanager in einer Ausschusssitzung vorstellen solle. Hinsichtlich des Containers erfolge eine schriftliche Beantwortung.

Herr Kremer ergänzt, dass sich auf dem Wertstoffhof die zentrale Sammelstelle für alle Schadstoffe befinden werde. Das Schadstoffmobil werde weiterhin an einzelnen Standorten vorhanden sein, jedoch nicht in der bisherigen Intensität, da durch den Wertstoffhof ein zentraler Standort eingerichtet werde, welcher eine wesentlich längere Öffnungszeit habe und damit besser anfahrbar sei.

Herr Dresbach: Anfrage zu rauchenden Schülerinnen und Schülern am Berufskolleg

Herr Dresbach fragt, ob es der Verwaltung möglich sei, Gespräche mit dem Berufskolleg in Heidekamp zu führen, um eine Lösung hinsichtlich des Problems der rauchenden Schülerinnen und Schüler zu finden. Diese blockieren seit langen den gesamten Bürgersteig vor der Schule an der Bensberger Straße.

Herr Urbach antwortet, dass dies ein regelmäßiges Problem darstelle. Herr Martmann werde die Thematik als städtischer Vertreter des Berufsschulverbandes aufgreifen.

Frau Gerhardus: Anfragen zum Projekt „Stadtradeln“ und einem Container auf dem Radweg

Frau Gerhardus fragt, ob die Verwaltung das Projekt „Stadtradeln“ kenne und beabsichtige, daran teilzunehmen. Falls ja, fragt sie, in welcher Form daran teilgenommen werden solle und wie die Werbung dafür laufe. Zudem schließt sie sich der Frage Frau Schundaus hinsichtlich des Containers an.

Herr Urbach führt an, dass die Frage hinsichtlich des Containers inhaltsgleich mit der Frage Frau Schundaus gewesen sei. Es erfolge eine schriftliche Beantwortung. Hinsichtlich der anderen Frage sei ihm lediglich das Projekt „Mit dem Rad zur Arbeit“ bekannt.

Herr Flüge ergänzt, dass ihm das Projekt aus anderen Städten bekannt sei. Dieses müsse nicht zwingend durch die Verwaltung koordiniert werden, da auch Einzelpersonen und Mannschaften teilnehmen können, welche im Wettbewerb zueinander stehen. Es sei ein gutes Projekt, über welches im Folgejahr nachgedacht werden könne. In diesem Jahr sei es jedoch nicht angedacht, zumal keine Personalressourcen zur Verfügung stehen.

Herr Samirae: Anfrage zur Rückführung der Eigenbetriebe in den Kernhaushalt

Herr Samirae führt an, dass die Rückführung der Eigenbetriebe in den Kernhaushalt in den letzten Jahren mehrfach angesprochen worden sei. Es habe letztes Jahr eine Anfrage und einen Prüfauftrag gegeben. Es sei jedoch weder ein Bericht erfolgt, noch sei die Anfrage oder der Prüfauftrag erledigt worden. Das Projekt sei lediglich mit dem Namen „SMART“ gekennzeichnet worden. Er fragt, warum hier noch nicht mehr geschehen sei.

Herr Wagner: Anfrage zu einem Gutachter des Pflasters der Fußgängerzone

Herr Wagner fragt, ob die Verwaltung bestätigen könne, dass im Zusammenhang mit dem Pflaster in der Fußgängerzone ein „Herr Kurt“ schon als Gutachter gehandelt werde. Dieser habe seine Meinung bereits im Kölner Stadtanzeiger kundgetan.

Herr Urbach verneint dies.

Herr Klein: Anfragen zu Reinigungsleistungen von Turnhallen, zu Regenrückhaltebecken und zur Spritzmittel zur Freiräumung von Friedhofswegen

Herr Klein führt an, dass die städtischen Turnhallen sowie die dazugehörigen Umkleidekabinen und Waschräume oftmals sehr verschmutzt seien. Ihm sei unklar, ob es bei der Verwaltung eine Stelle gebe, welche mit der Überprüfung der Reinigungsleistungen der beauftragten Unternehmen betraut sei. Die Prüfung zielen dabei auch darauf ab, zu prüfen, ob die beauftragte Leistung auch angepasst sei. Die Intervalle seien so gewählt worden, dass die Hallen nach der Reinigung sauber sein sollten. Zudem sei festgestellt, dass die Arbeiten an den Regenrückhaltebecken an der oberen Hauptstraße noch nicht finalisiert worden seien. Im Zuge dessen komme es dort zu Anstauungen von Regenwasser, was kürzlich für überflutete Keller gesorgt habe. Er fragt, wann hieran weitergearbeitet werde. Des Weiteren diene die Oberfläche des Friedhofs am Marienkrankenhaus als öffentlicher Raum der Einspeisung von Oberflächenwasser ins Grundwasser. Dort werden jedoch seit Jahren Spritzmittel zur Freihaltung der Wege benutzt, die nicht zugelassen seien. Er fragt, wer mit der Überprüfung solcher Fälle betraut sei. Auf diesen Wegen herrsche reger Verkehr, u.a. auch durch Kinder.

Herr Urbach fragt, ob Herr Klein belegen könne, dass dort verbotene Mittel verwendet werden.

Herr Klein antwortet, dass er mit jemanden gesprochen habe, der ihm gesagt habe, dass die Verwendung von Glyphosat in solchen Fällen einfach nachweisbar sei. Es gebe derzeit auch keine anderen Mittel auf dem Markt, die den erreichten Zustand herstellen können.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Gerhardus: Anmerkung zum Container auf dem Radweg

Frau Gerhardus teilt mit, die Polizei habe auf Twitter vermeldet, dass ein Radfahrer einen Unfall mit dem zuvor angesprochenen Container gehabt habe. Es sei dringender Handlungsbedarf geboten.

Herr Urbach entgegnet, dass der Hinweis bereits aufgenommen worden sei.

Herr Kleine: Anmerkung zu den Anfragen der Ratsmitglieder

Herr Kleine führt an, dass der Tagesordnungspunkt „Anfragen der Ratsmitgliedern“ in anderen Städten und Gemeinden dazu genutzt werde, bei der Verwaltung bzgl. Themen nachzufragen, die im Vorfeld unbeantwortet geblieben seien. Damit solle eine schnellere Ratsarbeit ermöglicht werden. Er habe den Eindruck, dass viele Ratsmitglieder das Recht, sich im Vorfeld der Sitzung zu informieren, gar nicht in Anspruch nehmen. Er fragt, ob es Herr Urbach begrüßen würde, wenn die

mündlichen Anfragen künftig nur noch auf die Themen beschränkt werden, bei denen vorab keine Klärung möglich gewesen sei.

Herr Urbach teilt mit, dass er dies ausdrücklich begrüßen würde.

Herr Kleine teilt weiter mit, dass viele der Anfragen den Eindruck erwecken, dass sie mit einer negativen Intention gegenüber der Verwaltung verbunden seien. Es sei erstrebenswert, dass diese Einstellung in ein konstruktives Denken umgewandelt werde, da die Verwaltung in vielen Bereichen gute Arbeit leiste.

Herr Santillán: Anmerkung zur Aussage Herrn Kleines und Anfrage zu Reinigungsleistungen

Herr Santillán merkt an, dass Herr Kleine in der Sache zwar Recht habe, er jedoch auch seine Kontrollfunktion als Ratsmitglied wahrnehme. Eine mangelhafte Reinigungsleistung von Turnhallen begründe sich oftmals mit der vorgeschriebenen Reinigungszeit, welche oftmals zu kurz sei. Hierauf sei in der Vergangenheit vermehrt hingewiesen worden. Er fragt, ob es eine Kontrollfunktion innerhalb der Verwaltung gebe, damit das Tariftreuegesetz und der Mindestlohn eingehalten werden.

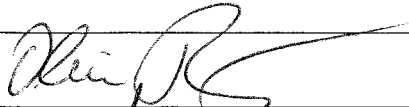
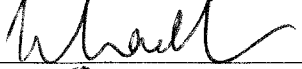
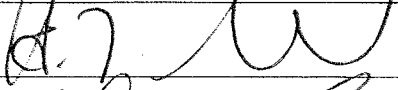
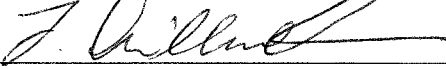
Herr Urbach antwortet, dass dies Bestandteil der Ausschreibung sei.

Herr Urbach weist daraufhin, dass es eine weitere schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL gebe, welche zu Beginn der Sitzung an die Ratsmitglieder verteilt worden sei. Diese werde der Niederschrift beigelegt und schriftlich beantwortet.

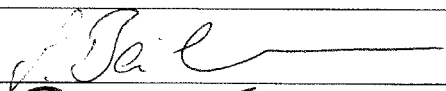
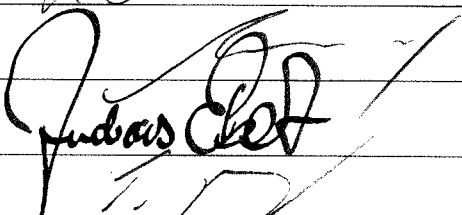
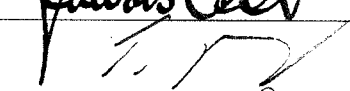
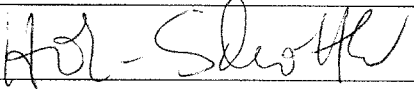
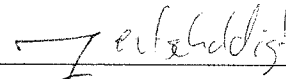
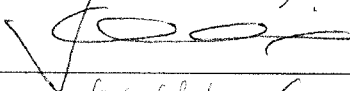
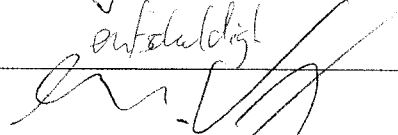
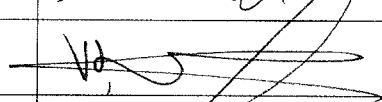
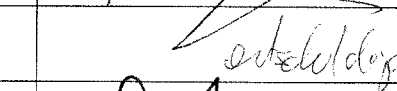
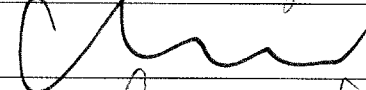
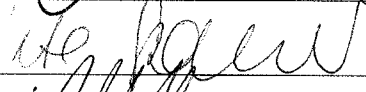
Sodann schließt Herr Urbach den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:21 Uhr.

Gremium Rat	Tag der Sitzung 23.05.2017	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung 17:07 - 18:29
-----------------------	--------------------------------------	--	------------------------------------

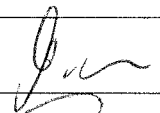
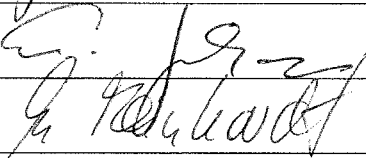
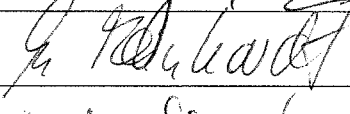
Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Dr. Bernhauser, Johannes		J. Bernhauser
Bilo, Angelika		OK
Bischoff, Birgit		B. Bischoff
Buchen, Christian		C. Buchen
Casper, Claudia		C. Casper
De Lamboy, Bernd		B. De Lamboy
Göbels, Wolfgang		Wolfgang Göbels
Haasbach, Hans-Josef		entschuldigt
Heidberg- Schwettmann, Diana		D. Heidberg-Schwettmann
Henkel, Harald		H. Henkel
Holtzmann, Petra		P. Holtzmann
Höring, Lennart		entschuldigt
Kraus, Robert Martin		R. Kraus
Kühl, Manfred		M. Kühl
Lehnert, Elke		E. Lehnert
Lucke, Martin		M. Lucke
Dr. Metten, Michael		M. Metten
Mömkes, Peter		P. Mömkes
Münzer, Mechtildis		entschuldigt
Pick, Rudolf	ab 17:08	R. Pick

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Renneberg, Oliver		
Schacht, Rolf-Dieter		
Schade, Lutz		
Voßler, Alexander		
Wagner, Hermann-Josef		
Willnecker, Josef		

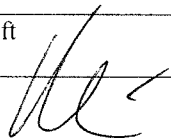
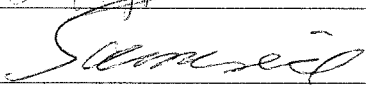
Gremium Rat	Tag der Sitzung 23.05.2017	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung 17:07 - 18:29
-----------------------	--------------------------------------	--	------------------------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Böhner, Sarah		
Dresbach, Erich		
Ebert, Andreas		
Galley, Thomas		
Holz-Schöttler, Brigitte		
Krasniqi, Kastriot		
Kleine, Nikolaus		
Komenda, Mirko		
Kreutz, Marcel		
Nasshoven-Kroelling, Vanessa		
Neu, Gerhard		
Orth, Klaus		
Stauer, Ute		
Waldschmidt, Klaus W.		
Winkels, Berit		
Zalfen, Michael		

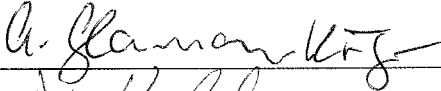
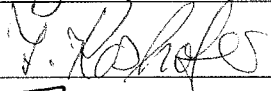
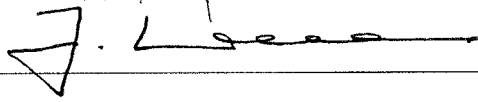
Gremium Rat	Tag der Sitzung 23.05.2017	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung 17:07 - 18:27
-----------------------	--------------------------------------	--	------------------------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Außendorf, Maik		
Gerhardus, Eva		
Meinhardt, Theresia		
Scheerer, Anna Maria		A. M. Scheerer
Schundau, Edeltraud		E. Schundau
Schmidt, Helmut		H. Schmidt
Steinbüchel, Dirk		entschuldig!
Dr. Rüdig, Cornelia		entschuldig!
Weber, Dirk		Dirk Weber

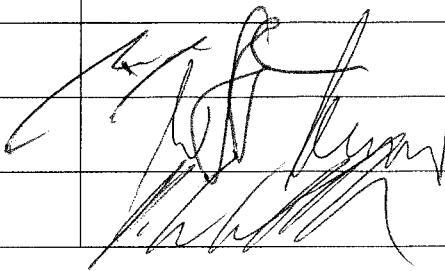
Gremium Rat	Tag der Sitzung 23.05.2017	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung 72:07 - 18:29
-----------------------	--------------------------------------	--	------------------------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Klein, Thomas		
Misini, Lucie		
Samirae, Frank		

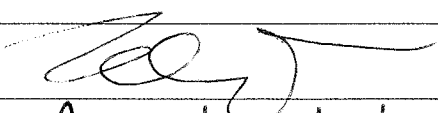
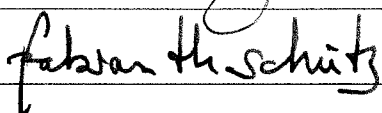
Gremium Rat	Tag der Sitzung 23.05.2017	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung 17:07 - 18:29
-----------------------	--------------------------------------	--	------------------------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Glamann-Krüger, Annette		
Koshofer, Ingrid		
Krell, Jörg		

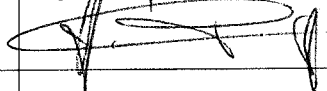
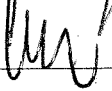
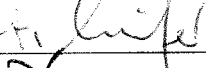
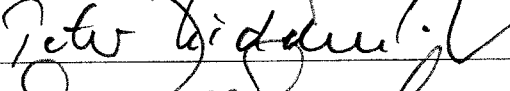
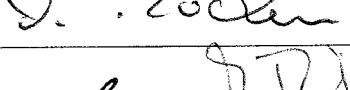
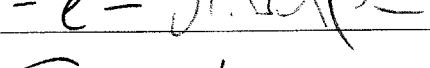
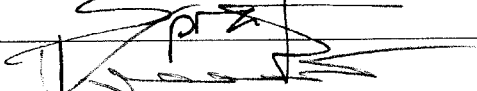
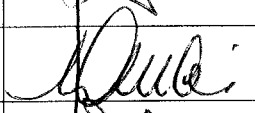
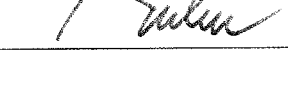
Gremium Rat	Tag der Sitzung 23.05.2017	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung 17:07 - 18:29
-----------------------	--------------------------------------	--	------------------------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Jungbluth, Torsten		
Heuser, Wolfgang		
Wuttke, Oliver		

Gremium Rat	Tag der Sitzung 23.05.2017	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung 17.07 - 18.29
-----------------------	--------------------------------------	--	------------------------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Santillán, Tomás M.		
Schütz, Fabian	ab 17 ²⁰	

Gremium Rat	Tag der Sitzung 23.05.2017	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung 17:07 - 18:29
-----------------------	--------------------------------------	--	------------------------------------

Name, Vorname	Unterschrift
Urbach, Lutz Bürgermeister	
Flügge, Harald Erster Beigeordneter/Technischer Beigeordneter	
Mumdey, Jürgen Beigeordneter/Stadtkämmerer	
Martmann, Bernd BM I/ Leiter Fachbereich 8	
Möller, Michael Komm. Leiter Fachbereich 1	
Schäfer, Harald Leiter Fachbereich 2	
Widdenhöfer, Peter Leiter Fachbereich 3	
Rockenberg, Dettlef Leiter Fachbereich 4	
Schlich, Beate Buhleier, Michael s/vv/ Leiterin Fachbereich 5	
Sprenger, Elisabeth Leiterin Fachbereich 6	
Kremer, Michael Leiter Fachbereich 7	
Francois, Alain Leiter Rechnungsprüfung	
Fahner, Michaela Gleichstellungsbeauftragte	
Ruhe, Christian Fachbereich 1-14	

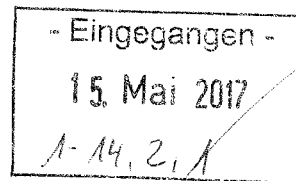


Kreissparkasse Köln

Zu TOP Ö4

Kreissparkasse Köln · Neumarkt 18-24 · 50602 Köln

Herrn Bürgermeister
Lutz Urbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51439 Bergisch Gladbach



Vorstand

Kreissparkasse Köln
Neumarkt 18 - 24
50602 Köln
Telefon 0221/227-2405
Telefax 0221/227-3760
vorstand@ksk-koeln.de

04. Mai 2017

13. Mai 2017
1-14 Ttu

Sehr geehrter Herr Urbach,

ein anspruchsvolles Geschäftsjahr 2016 liegt hinter der Kreissparkasse Köln. Gleichwohl bewährte sich einmal mehr unser Geschäftsmodell, das durch Kundennähe, hohe Beratungsqualität, modernen Service sowie Verantwortung für die Region gekennzeichnet ist. So gelang es, insgesamt ein gutes Ergebnis vorzulegen.

Das Jahr 2016 war von einem weiterhin sehr niedrigen Zinsniveau sowie unerwarteten, dem Investitionsklima eher abträglichen, europa- und weltpolitischen Turbulenzen geprägt. Diese Entwicklungen stellten auch für die Ertragslage der Sparkasse Herausforderungen dar, allerdings gemildert durch das freundliche konjunkturelle Umfeld.

Auf gutem Niveau bewegte sich erneut das Kreditgeschäft, das 3,2 Mrd. Euro Neuzusagen verzeichnen konnte, wobei sich die Neuausleihungen an Unternehmen und Selbstständige in Höhe von 2,0 Mrd. Euro als Wachstumstreiber erwiesen. Knapp unterhalb des Vorjahreswerts bewegten sich die neu zugesagten privaten Baufinanzierungen. Litten diese zeitweilig auch unter den Regelungen der neuen Wohnimmobilienkreditrichtlinie, erreichten sie dennoch ein Volumen von 0,9 Mrd. Euro. Obwohl zahlreiche Firmen und Kommunen von der Möglichkeit Gebrauch machten, dank ihrer guten Liquiditätslage bestehende Verbindlichkeiten vorzeitig abzubauen, lag das Gesamtkreditvolumen mit 19,46 Mrd. Euro leicht über dem Vorjahr.

Ebenfalls positiv entwickelten sich die Geldvermögensbestände, die um 1,1 Mrd. Euro auf insgesamt 32,3 Mrd. Euro – davon 18,2 Mrd. Euro bilanzwirksame Einlagen – wuchsen. Der größte Bestandszuwachs entfiel dabei auf die Privatkunden, deren bilanzwirksame Einlagen sich um 665 Mio. Euro auf 12,5 Mrd. Euro erhöhten. Die Kehrseite dieses von einer starken Sicherheitsorientierung zeugenden Anlageverhaltens unserer Kunden besteht allerdings in einem – bedingt durch die Niedrigzinspolitik der EZB – nahezu vollständigen Ertragsverzicht und der Gefahr eines Realwertverlusts bei anziehender Inflation. Von daher gilt es, als Alternative zum Null-Zins, die strukturierte Vermögensanlage, insbesondere auch in Wertpapieren, im aktuellen und in den kommenden Geschäftsjahren noch wesentlich auszubauen.

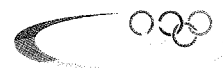
Seit jeher verbindet die Kreissparkasse Köln unternehmerisches Handeln mit Verantwortung für das Gemeinwohl. Daher leistet sie nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch durch die Förderung zahlreicher Projekte und Initiativen in den Bereichen Soziales, Kultur, Bildung und Sport einen aktiven Beitrag zur nachhaltigen Gestaltung der Zukunft ihrer Region.

Vorstand:

Alexander Wüerst (Vorsitzender), Josef Hastrich (stv. Vorsitzender)
Wolfgang Schmitz, Dr. Klaus Tiedeken, Christian Bonnen (Mitglieder)
Volker Wolf, Udo Buschmann (stv. Mitglieder)

Vorsitzender des Verwaltungsrates: Michael Kreuzberg

Olympia Partner Deutschland



Bankleitzahl 370 502 99
S.W.I.F.T. / BIC-Adresse COKS DE 33 XXX
Ust-Id DE 122786759
Internet www.ksk-koeln.de
Amtsgericht Köln HRA 15033

So wurden 2016 aus eigenen Mitteln, der Lotterie PS-Sparen und Gewinnen sowie den Ausschüttungen unserer 13 Stiftungen insgesamt 3,5 Mio. Euro bereitgestellt und daraus zahlreiche Maßnahmen in den Kommunen gefördert. Unsere konkreten Fördermaßnahmen in der Stadt Bergisch Gladbach können Sie der beigegeführten Übersicht entnehmen.

Ermöglicht wurde dieses Engagement durch eine zufriedenstellende Ertragslage. Dank eines guten Kundengeschäfts, eines effizienten Kostenmanagements, einer umsichtigen Risikosteuerung sowie ergänzt um ein Bewertungsergebnis auf historisch niedrigem Niveau konnte das Geschäftsjahr 2016 mit einem Gewinn vor Steuern von 105 Mio. Euro abgeschlossen werden. Aus diesem Ergebnis kann die Kreissparkasse Köln nicht nur ihre Kernkapitalquote stärken, sondern es bietet ihr auch – wie seit vielen Jahren – erneut die Möglichkeit, an ihre Trägerkreise angemessen auszuschütten.

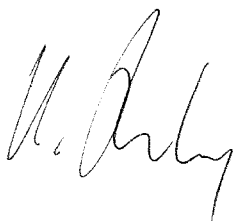
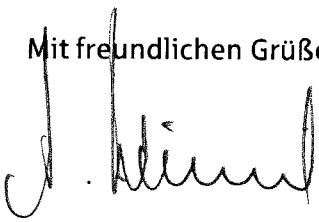
Angesichts der aktuellen Zinssituation sehen wir uns weiterhin erheblichen Herausforderungen gegenüber. So ist zu erwarten, dass sich der Zinsüberschuss trotz Neugeschäfts in den kommenden Jahren weiter vermindern wird. Auch bindet der unserer Branche vorgegebene hohe regulatorische Aufwand erhebliche Ressourcen. Wir sind dennoch zuversichtlich, dass wir die vor uns liegenden großen Anstrengungen erfolgreich bewältigen werden.

So werden wir uns noch fokussierter am veränderten Kundenbedarf ausrichten und in zukunftssträchtige Bedarfsfelder unserer Kunden investieren. Gerne unterstützen wir auch die Stadt Bergisch Gladbach beispielsweise mit paydirekt, dem neuen Online-Bezahlverfahren der Sparkassen und Banken, das Bezahlen von Leistungen Ihrer Dienststellen für die Bürgerinnen und Bürger komfortabler zu machen. paydirekt basiert auf deutschem Recht sowie deutschen Sicherheits- und Datenschutzstandards. Es erfordert beim Nutzer weder ein neues Konto, noch zusätzliche Hardware oder Apps. Zur Einführung dieses zukunftsorientierten Zahlungssystems sind wir gerne Ihr Partner und stehen Ihnen für ein vertiefendes Gespräch zur Verfügung.

Wichtig wird uns sein, auch künftig flexibel und mit großem, persönlichen Engagement auf unsere Kunden einzugehen und sie mit passgenauen sowie qualitativ hochwertigen Angeboten zu bedienen. So sind wir überzeugt, dass die Kreissparkasse Köln sowohl im laufenden als auch in den kommenden Geschäftsjahren die in sie gesetzten Erwartungen als leistungsstarker und verantwortungsbewusster Finanzpartner in der Region erfüllen wird. Zugleich wird sie im Rahmen ihres gemeinwohlorientierten Engagements auch weiterhin Förderer zahlreicher bürgerschaftlicher Einrichtungen, Projekte und Initiativen in den Kommunen sein.

Es würde uns freuen, wenn Sie die Hinweise zu unseren Förderaktivitäten in einer Ihrer Ratssitzungen vorstellen könnten. Für ergänzende Informationen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Anlagen

Olympia Partner Deutschland



Stadt Bergisch Gladbach

Gewerbesteuer / Vorauszahlungssoll für 2016	€	1.049.206,13
Mittel aus dem PS-Zweckertrag (<u>Anlage 1</u>)	€	73.500,00
Spenden an gemeinnützige, mildtätige, kirchliche und kulturelle Einrichtungen (<u>Anlage 2</u>)	€	18.364,00
Mittel aus den Stiftungen der Kreissparkasse Köln (<u>Anlage 3</u>)	€	<u>48.628,57</u>
Summe	€	<u><u>1.189.698,70</u></u>

Mittel aus dem PS-Zweckertrag

- Förderverein der Vinzenz-Pallotti-Stiftung e.V.	€	3.000,00
- Bürger für uns Pänz	€	2.500,00
- Die Kette, Rheinisch Bergischer Verein für sozialtherapeutische Dienste e.V.	€	2.500,00
- Förderverein Puppenpavillon Bensberg e.V.	€	2.500,00
- Altenberger Dom-Verein e.V.	€	2.000,00
- Bensberger Carnivals Company Grün Rot	€	2.000,00
- Förderverein ev. Grundschule Gartenstraße e.V.	€	2.000,00
- Freundeskreis Bethanien Kinderdorf Bergisch Gladbach e.V.	€	2.000,00
- Große Bergisch Gladbacher Karnevalsgesellschaft 1927 e.V.	€	2.000,00
- Schwimmverein Bergisch Gladbach 1920/71 e.V.	€	2.000,00
- St. Sebastianus Schützenbruderschaft Schildgen 1907 e.V.	€	2.000,00
- Fröbel gGmbH, KiTa "Luise Ueding"	€	1.800,00
- Förderverein des evangelischen Kindergartens Bensberg e.V.	€	1.500,00
- Karnevalsgesellschaft Schlader Botze e.V. von 1958	€	1.500,00
- StadtSportverband Bergisch Gladbach e.V.	€	1.500,00
- Verein der Freunde, Förderer und Ehemaligen des Städtischen Gymnasiums Bergisch Gladbach-Herkenrath e. V.	€	1.200,00
- 1. Frauen Fußballclub Bergisch Gladbach 2009 e.V.	€	1.000,00
- Bürger- und Heimatverein Refrath e.V.	€	1.000,00
- Ce Be eF, Club Behinderter und ihrer Freunde Rheinisch-Bergischer-Kreis e.V.	€	1.000,00
- DRK, Ortsverein Bensberg und Refrath e.V.	€	1.000,00
- Elternverein Kippekausen e.V.	€	1.000,00
- Ev. Elterninitiative Heilsbrunner Hosenmätze e.V.	€	1.000,00
- Förderkreis der kath. Kita St. Josef, Refrath e.V.	€	1.000,00
- Förderverein der AWO-KiTa Fahner Kamp	€	1.000,00
- Förderverein der AWO-KiTa Haus der Kinder e.V.	€	1.000,00
- Förderverein der AWO-KiTa Margerite e.V.	€	1.000,00
- Förderverein der Realschule im Kleefeld e.V.	€	1.000,00
- Förderverein der Wilhelm-Wagener-Schule e.V.	€	1.000,00
- Förderverein des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums e.V.	€	1.000,00
- Förderverein Progymnasium Bensberg e.V.	€	1.000,00
- Freunde und Förderer der Kath. Grundschule In der Auen e.V.	€	1.000,00
- Interessengemeinschaft Refrather Karnevalszug Für uns Pänz	€	1.000,00
- Karnevalsgesellschaft Alt Paffrath e.V.	€	1.000,00
- Karnevalsgesellschaft Blau-Rot Schildgen e.V.	€	1.000,00
- Kreativitätsschule Bergisch Gladbach e.V.	€	1.000,00
- Li-La-Laune-Land e.V.	€	1.000,00
- Obst- und Gartenbauverein Refrath e.V.	€	1.000,00
- Quartettverein Heimatklänge Nußbaum e.V.	€	1.000,00
- Radsportverein Staubwolke Refrath 1952 e.V.	€	1.000,00
- Rheinisch-Bergischer Chorverband e.V.	€	1.000,00
- Robin Hood Elternverein e.V.	€	1.000,00
- Sportverein Refrath-Frankenforst 1926 e.V.	€	1.000,00
- St. Sebastianus Schützenbruderschaft Hand e.V. 1911	€	1.000,00

- SV Blau-Weiß Hand e.V.	€	1.000,00
- Tennis- und Hockey-Club Rot-Weiß e.V.	€	1.000,00
- Tennishalle Moitzfeld e.V.	€	1.000,00
- TG Bensberger Harlekids der KG Harlekins Bensberg e.V.	€	1.000,00
- Turnerschaft Bergisch Gladbach 1879 e.V.	€	1.000,00
- Turnverein Herkenrath 1909 e.V.	€	1.000,00
- Bergischer Geschichtsverein Rhein-Berg e.V.	€	500,00
- Deutsches Rotes Kreuz Ortsverein Bergisch Gladbach e.V.	€	500,00
- Elterninitiative KiTa Dreckspatz e.V.	€	500,00
- Förderkreis Gesamtschule Bergisch Gladbach-Paffrath e.V.	€	500,00
- Förderverein der ev. KiTa Schneckenhaus e.V.	€	500,00
- Förderverein der GGS Hand e.V.	€	500,00
- Förderverein der KiTa St. Joseph Heidkamp	€	500,00
- Förderverein der Städtischen Max-Bruch-Musikschule Bergisch Gladbach e.V.	€	500,00
- Gronauer Fenster e.V.	€	500,00
- Himmel un Ääd e.V.	€	500,00
- Kath. Erziehungsberatung e.V.	€	500,00
- Kindergartenverein Klutstein e.V.	€	500,00
- Kita Kids e.V., Elterninitiative der KiTa Herz-Jesu	€	500,00
- SG Pegasus Rommerscheid 91 e.V.	€	500,00
- SSV Jan Wellem 05 Bergisch Gladbach e.V.	€	500,00
- Turn- und Sportverein Schildgen 1932 e.V.	€	500,00
- Vereinigung der Ehemaligen, Freunde und Förderer des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums Bergisch Gladbach e.V.	€	500,00
	<u>€</u>	<u>73.500,00</u>

Anlage 2

Spenden an gemeinnützige, mildtätige, kirchliche und kulturelle Einrichtungen ab Euro 150,00

- Horst & Karin Gellert-Stiftung	€	2.500,00
- Förderverein Hospiz Vinzenz Pallotti Hospital e.V.	€	1.000,00
- Große Bergisch Gladbacher Karnevalsgesellschaft 1927 e.V.	€	1.000,00
- Bergische Welle, Förderverein für lokale Medien im Bergischen Land e.V.	€	900,00
- Gesangsverein Harmonie Bensberg-Kaule 1889 e.V.	€	700,00
- Verein der Freunde und Förderer der Otto-Hahn-Schule e.V.	€	650,00
- VdK Ortsverband Bensberg	€	600,00
- Förderverein des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums e.V.	€	546,00
- Verein der Freunde und Förderer pfadfinderischer Jugendarbeit St. Georg e.V.	€	500,00
- Bergisch Gladbacher Tafel e.V.	€	500,00
- Festkomitee Bensberger Karneval e.V.	€	500,00
- Förderverein Refrather Karneval e.V.	€	500,00
- Kath. Kirchengemeinde St. Laurentius	€	500,00
- Männerchor Fidelio 1954 Bensberg-Refrath	€	500,00
- Verein zur Förderung selbständigen Lebens behinderter Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis e.V.	€	500,00
- Verein Programm Klasse 2000 e.V., Kath. Grundschule Hand	€	440,00
- Förderverein der AWO-KiTa Margerite e.V.	€	356,00
- Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V.	€	300,00
- SV Blau-Weiß Hand e.V.	€	300,00
- Stiftung Zanders, Papiergeschichtliche Sammlung	€	300,00
- Vereinigung der Ehemaligen, Freunde und Förderer des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums Bergisch Gladbach e.V.	€	300,00
- Große Bergisch Gladbacher Karnevalsgesellschaft 1927 e.V.	€	250,00
- Vereinigung zur Erhaltung und Pflege heimatlichen Brauchtums e.V.	€	250,00
- Frauen helfen Frauen e.V.	€	250,00
- Große Bergisch Gladbacher Karnevalsgesellschaft 1927 e.V.	€	250,00
- Verein zur Förderung ev. Wohlfahrtspflege e.V.	€	250,00
- Karnevalsverein "De löstigen Stänedräjer" e.V.	€	222,00
- Arbeitskreis der Künstler Bergisch Gladbach e.V.	€	200,00
- Arbeitskreis Heilpädagogik Bensberg e.V.	€	200,00
- Ev. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach	€	200,00
- Förderverein der Städtischen Max-Bruch-Musikschule Bergisch Gladbach e.V.	€	200,00
- Ka Ju Ja Bergisch-Gladbach e.V.	€	200,00
- Lions Förderverein Bergisch Gladbach/Bensberg e.V.	€	200,00
- Städtepartnerschaft Bergisch Gladbach - Beit Jala e.V.	€	200,00
- Bürgerverein Herrenstrunden e.V.	€	150,00
- Ev. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach	€	150,00
- Interessengemeinschaft Herkenrather Karneval e.V.	€	150,00
- zusätzliche Spenden unter € 150,00 in einer Summe	€	1.650,00
	€	<u>18.364,00</u>

Mittel aus den "Stiftungen der Kreissparkasse Köln"

- Galerie + Schloss e.V.	€	8.000,00
- Migrantenkinder bekommen Unterstützung e.V.	€	5.000,00
- Die Kette e.V.	€	4.000,00
- Aids-Hilfe Bergisch Gladbach, Rheinisch Bergischer Kreis e.V.	€	3.500,00
- Turnverein Refrath 1893 e.V.	€	3.300,00
- Stadt Bergisch Gladbach, Städtepartnerschaft	€	3.000,00
- DJK-SSV Ommerborn Sand e.V.	€	2.500,00
- GGS An der Strunde	€	2.000,00
- Stadt Bergisch Gladbach, Interkulturelles Filmfestival "Nahaufnahme"	€	1.800,00
- Stiftung Zanders	€	1.500,00
- Gesamtschule Paffrath	€	1.428,57
- Förderverein e.V. der GWK	€	1.000,00
- Therap e.V.	€	1.000,00
- Turnverein Herkenrath 1909 e.V.	€	1.000,00
- Stadt Bergisch Gladbach, Seniorenkulturwoche	€	1.000,00
- THEAS Theaterschule & Theater e.V.	€	1.000,00
- Schwimmverein Bergisch Gladbach 1920/71 e.V.	€	900,00
- Turnerschaft Bergisch Gladbach 1879 e.V.	€	900,00
- Turnverein Bensberg 1901 e.V.	€	900,00
- Kath. KG St. Johann Baptist	€	800,00
- Bensberger Sportkegler Gem. e.V.	€	700,00
- FC Bensberg 2002 e.V.	€	700,00
- RSV Staubwolke Refrath 1952 e.V.	€	700,00
- TF Grün-Weiß Bergisch Gladbach 75 e.V.	€	700,00
- Kath. Familienzentrum St. Marien Gronau	€	650,00
- Kindertagesstätte AltenbergerDom-Straße	€	650,00
	€	<u>48.628,57</u>



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Herrn
Tomás Marcelo Santillán
Mozartstraße 12

51427 Bergisch Gladbach

14. Juni 2017
Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro
[Handwritten signature]

Fachbereich 1
Personal/Personalrecht
Gustav-Lübbe-Haus
Scheidtbachstraße 23
Auskunft erteilt:
Judith Klassen, Zimmer 201
Telefon: 02202 14-2615
Telefax: 02202 14-702615
Mo bis Fr 09.00 bis 12.00 Uhr
Mo bis Do 14.00 bis 15.00 Uhr
und nach Vereinbarung

E-mail: j.klassen@stadt-gl.de

08.06.2017

Ihr Anfrage in der Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach am 23.05.2017

Sehr geehrter Herr Santillán,

die Höhe der Kosten für die Ausschreibung einer Beigeordneten- oder Fachbereichsleiterstelle variieren, da das Verwaltungsverfahren unterschiedlich ist und auch andere intere Abstimmungen erforderlich sind.

Legt man die Kosten nach dem KGSt-Gutachten zur Ermittlung von Personalkosten zugrunde so liegen die Kosten die über die Veröffentlichung hinausgehen zwischen 150 € und 300 €. Bei der letzten Ausschreibung sind zudem 6.663,41 € für die Veröffentlichung entstanden.

Mit freundlichen Grüßen

[Handwritten signature]
Lutz Urbach

